

30. NOVEMBER 2012

Minijobs führen in Armut und vernichten reguläre Beschäftigung

GESUCHT
GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE
AUF 400 €-BASIS
GARANTIERT
MINILOHN + MINIRENTE

Ab dem 1.1.2013 wird die Verdienstgrenze bei Minijobs auf 450 Euro angehoben. Dies hilft aber nicht den Minijobbern, sondern wird die Verdrängung regulärer Beschäftigung noch weiter vorantreiben. Im Land Bremen gab es Ende 2011 bereits 72.500 Minijob-Beschäftigte. Damit ist in Bremen inzwischen jedes fünfte Arbeitsverhältnis ein Minijob, der Frauenanteil liegt bei über 60 Prozent.

Insgesamt arbeiten zurzeit 7,3 Millionen Beschäftigte in Deutschland in Minijobs. Minijob heißt Minilöhne: Mehr als 80 Prozent der geringfügig Verdienenden erhalten einen Lohn, der unter der Niedriglohngrenze liegt. Viele bekommen nicht einmal den momentanen Höchstsatz von 400 Euro; im Schnitt erhalten sie nur 260 Euro. Drei Viertel der Minijobberinnen und Minijobber verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde, rund ein Viertel sogar weniger als fünf Euro. Die sogenannten Minijobs wurden von den rot-grünen Verfechtern der Hartz-Gesetze stets als „Sprungbrett“ in den regulären Arbeitsmarkt verkauft. Diese Brückenfunktion in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ist aber nie eingetreten, sagt dazu Peer Rosenthal von der Arbeitnehmerkammer Bremen: „Minijobber, die parallel Hartz-IV-Leistungen beziehen müssen, gelingt die Überwindung des Leistungsbezugs sogar seltener, als wenn vorher kein Minijob ausgeübt worden ist. Dies ist vor allem deshalb problematisch, weil die Hälfte der Erwerbsaufnahmen von Frauen aus Hartz-IV in Form von Minijobs erfolgt.“ So bezieht in Bremen jede fünfte Minijobberinnen bzw. jeder fünfte Minijobber aufstockende Hartz-IV-Leistungen.

Minijobberinnen und Minijobber sind kaum sozial abgesichert und zahlen keine eigenständigen Beiträge in die sozialen Sicherungssysteme. Aktuell wird für einen Minijob von 400 Euro im Jahr ein Rentenbeitrag von 3,18 Euro erworben. Mit der neuen Regelung von 450 Euro sind es 4,15 Euro. Die Rentenhöhe bei 45 Jahren in einem Minijob mit 400 Euro beträgt 182,83 Euro, mit 450 Euro Verdienst wären es ganze 205,70 Euro. DIE LINKE fordert deshalb, dass Minijobs mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleichzustellen sind. Das heißt Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Das heißt aber auch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der selbstverständlich auch für Teilzeitbeschäftigte gelten muss.

[Interaktive Karte des WSI <URL: http://boeckler.de/pdf/minijob_2010/index_mini.html>](http://boeckler.de/pdf/minijob_2010/index_mini.html) zu Minijobs in Deutschland

Manfred Steglich

[zurück zu: Detail](#)

QUELLE: [HTTP://WWW.DIELINKE-BREMEN.DE/NC/SUCHE/DETAIL/ARTIKEL/MINIJOBS-FUEHREN-IN-ARMUT-UND-VERNICHTEN-REGULAERE-BESCHAEFTIGUNG/](http://www.dielinke-bremen.de/nc/suche/detail/artikel/minijobs-fuehren-in-armut-und-vernichten-regulaere-beschaeftigung/)